

Protokoll:	Ausschuss für Klima und Umwelt des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	40
		TOP:	7
Verhandlung		Drucksache:	-
		GZ:	
Sitzungstermin:	12.05.2023		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:	Herr Dr. Görres (AfU)		
Protokollführung:	Herr Haupt / as		
Betreff:	Sachstandsbericht Energieeinsparung der im Rahmen der EnSikuMaV umgesetzten Maßnahmen - mündlicher Bericht -		

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Dateianhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll ist sie in Papierform angehängt.

Herr Dr. Görres (AfU) berichtet im Sinne der angehängten Präsentation.

Die Verwaltung befinde sich in Gesprächen mit dem Referat AKR und dem GPR, da die Maßnahmen zur Energieeinsparung rechtzeitig abgestimmt werden müssten. Es müsse berücksichtigt werden, dass lediglich dieser Winter gut überstanden worden sei. Allerdings müsse bereits der nächste Winter Beachtung finden und falls dessen Witterung kalt ausfalle, werde sich die Situation erneut nicht einfach darstellen. Es sei nicht davon auszugehen, dass der nächste Winter derart einfach durchgestanden werde wie dieser Winter. Daher sei die Verwaltung gut vorbereitet und wolle die Maßnahmen zur Energieeinsparung grundsätzlich so weiterführen. Es habe sich zudem gezeigt, die getroffenen Maßnahmen seien in Bezug auf eine Energieeinsparung sehr hilfreich. Die Energieeinsparung stelle einen wichtigen Beitrag hinsichtlich des Ziels der Klimaneutralität bis zum Jahr 2035 dar. Außerdem stiegen die Kosten für Energie, weshalb diese eingespart werden müsse. Angesichts der dargestellten realen Werte habe die Stadt sehr viel Energie eingespart. Es stelle sich die Frage, welche Werte dabei miteinander verglichen würden. Während bei einigen Verwaltungsgebäuden die Energieeinsparung sehr gut funktioniert habe, da die entsprechenden Voraussetzungen hierfür bestanden hätten,

sei dies bei anderen städtischen Liegenschaften nicht der Fall gewesen. Diesbezüglich werde die Verwaltung weiter an der Thematik arbeiten.

StRin Münch (89/GRÜNE) äußert ihr Lob über die von Herrn Dr. Görres dargestellten Zahlen zur Energieeinsparung. Es zeige sich das rasche und große Umsetzungspotenzial von Energiesparmaßnahmen, wenn ein gesetzlicher Druck wie die Energieversorgungssicherungskurzfristmaßnahmenverordnung (EnSikuV) bestehe. Eine durchschnittliche Absenkung der Heizenergie um 16 % sei sehr viel. Zudem habe die Stadt wie auch das Land bereits des Längeren die Warmwasserboiler in den Toiletten ausgeschaltet. Diese Maßnahme sei daher bereits umgesetzt worden und stelle daher im Vergleich zu anderen Städten keine neue Energieeinsparungsmaßnahme mehr dar. Die Maßnahmen zur Energieeinsparung seien eine Querschnittsaufgabe, bei der viele Verwaltungseinheiten mitwirken müssten. Die gesetzliche Lage sei Mitte März oder Mitte April ausgelaufen und die entsprechende Verordnung habe ihre Gültigkeit verloren. Daher wolle die Verwaltung ihre Maßnahmen unabhängig von dem Zwang der Gesetzeslage verlängern. Dies sei notwendig, auch wenn die Energiekrise anlässlich des Krieges in der Ukraine bereits etwas aus dem Bewusstsein gegangen sei. Ihrer Fraktion sei es wichtig, den großen Schub des AKU mit in die verwaltungsinternen Verhandlungen mitzunehmen und möglichst viele Mitstreiter zu gewinnen. Es sei wünschenswert, die angekündigten neuen Maßnahmen wie die Absenkung der Raumtemperatur in Schulen auf 19° C nun umzusetzen, was bislang noch nicht habe durchgesetzt werden können. Auf diesem Weg wolle ihre Fraktion die Verwaltung begleiten und unterstützen und würde eine entsprechende Mitteilungsvorlage über den Stand der Maßnahmen nach den Sommerferien begrüßen, so StRin Münch.

Er könne sich den Ausführungen seiner Vorrednerin anschließen, betont StR Sakkaros (CDU). Eine entsprechende Vorbereitung der Stadt für den nächsten Winter mit Maßnahmen, die der Gemeinderat diskutieren solle, sei wünschenswert. Der Stadtrat äußert Kritik an dem in der heutigen Sitzung zunächst sehr aufgeheizten Sitzungssaal. In einem älteren Foliensatz sei das große Potenzial von Schulen bei der Energieeinsparung aufgezeigt worden, welches bislang noch nicht angegangen worden sei. In den Ferienzeiten sei dennoch mit den Raumtemperaturen gespielt worden. Dabei könne er Unterschiede bei der Temperaturabsenkung zwischen der Weihnachtszeit und der Faschingszeit feststellen. Über Fasching sei die Witterung etwas wärmer als zu Weihnachten. Dennoch sei die Temperatur nicht so weit abgesenkt worden. Das Defizit gestalte sich sogar niedriger, wenn zu Schulbeginn wieder aufgeheizt werden müsse. Auf seine Frage, warum die Temperatur nicht weiter abgesenkt worden sei, erklärt Herr Dr. Görres, bei den aufgeführten Werten handle es sich nicht um Temperaturen. Die Verwaltung habe in Bezug auf die Faschingsferien intensiv die Hausmeister gemeinsam mit dem Schulverwaltungsamt sensibilisiert, die Heizungen in diesem Zeitraum abzuschalten. Daher hätten nicht nur wie in den Weihnachtsferien 18, sondern 20 Schulen die Heizungen abgesenkt. Ebenso habe sich die Anzahl der Teilabsenkungen erhöht.

StR Sakkaros erkundigt sich in Bezug auf den auf Folie 2 der Präsentation aufgeführten Presseartikel mit der Überschrift "Stuttgart enttäuscht beim Sparen", worin dieser Sachverhalt begründet sei und ob das Einsparpotenzial beim Vergleich mit anderen Städten nicht witterungsbereinigt sei. Angesichts der Einsparungen in Mannheim von 22 % oder Ulm mit 18 % liege die Einsparung der LHS mit 4 % sehr weit von diesen Werten entfernt. Falls dieses zutrefte, hätte die Stadt große Fehler gemacht. Herr Dr. Görres betont hierzu, die Verwaltung habe nicht die in dem angesprochenen Pressebericht dar-

gestellten Angaben zur Energieeinsparung anderer Städte geprüft. Ihm sei beispielsweise lediglich bekannt, dass die Stadt Heidelberg die Angaben zur Energieeinsparung der Verwaltungsgebäude nicht witterungsbereinigt in Höhe von 15 % veröffentlicht habe. Daher könne dem erwähnten Zeitungsartikel kein Vorwurf gemacht werden, in dem dieser Wert einfach übernommen worden sei.

StR Dr. Jantzer (SPD) äußert seinen Dank für die festgelegten Maßnahmen durch die Verwaltung - in Vorbereitung, dass diese überhaupt noch ergriffen werden müssten. Er hoffe auf eine Änderung der momentanen Situation in der Welt und einer Beendigung des Krieges in der Ukraine. Ihm seien Menschen bekannt, die ihr Zuhause nicht heizten und fröhen, da sie sich die hohen Energiepreise nicht leisten könnten. Daher gebe es nicht lediglich Menschen, die sich kurzfristig keine teure Heizung oder hohe Energiepreise leisten könnten, sondern ebenso diejenigen, die die aktuelle Situation wirklich durchlitten. Der Stadtrat betont, eine Raumtemperatur von 19° C in einem Büro empfinde er wie auch andere Personen als zu kalt. Der Daimlerkonzern habe in dieser Woche erklärt, er stelle jedem seiner Mitarbeiter*innen eine Strickjacke zur Verfügung. Daher könne er die Bedenken des GPR in Bezug auf eine Absenkung der Raumtemperatur ein Stück weit nachvollziehen. StR Dr. Jantzer weist darauf hin, bei einem Wegfall des Warmbadetags entfalle ebenso das Babyschwimmen. Auch die Reduktion der Straßenbeleuchtung stelle eine Einschränkung dar und stehe im Zusammenhang mit der Sicherheit im Straßenraum. Die geplanten Maßnahmen seien zwar in Bezug auf das Energiesparen richtig, stellten allerdings für die Bürgerschaft eine Herausforderung dar. Dieser Aspekt solle nicht vergessen werden und es solle alles unternommen werden, dass die derzeitige Situation ein Ende finde, was allerdings der Gemeinderat nicht beeinflussen könne.

Angesichts der Presseartikel könne der Eindruck entstehen, die Stadt Stuttgart habe wieder einmal ihre Ziele nicht erreicht, betont StR Rockenbach (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei). Es könne der Eindruck entstehen, die Stadt habe entweder bei der Energieeinsparung einen Fehler begangen oder besitze das große Talent, ihre Stärken nicht herauszustellen. Herr Dr. Görres habe versucht, diesen Eindruck durch die Präsentation zu korrigieren, indem er dargestellt habe, die Stadt habe bereits zahlreiche Maßnahmen zur Energieeinsparung in der Vergangenheit umgesetzt und habe dadurch schon Einsparungen erzielt. Die Aussagen in Bezug auf das Biogas seien jedoch überhöht. Eine dauerhafte Absenkung der Raumtemperatur auf 19° C führe bei einem 8-Stunden-Arbeitstag zu ungesunden Folgen. Dennoch liege der Reiz in Bezug auf derartige Maßnahmen darin, diese nicht zu unterschätzen, da sie sich umgehend positiv auf den Klimaschutz auswirkten. Angesichts der in der heutigen Sitzung beschriebenen gigantischen Notwendigkeiten im Wärmebereich sei er über jedes Prozent an CO₂- und Energieeinsparung erfreut, welches ohne finanzielle Aufwendungen in Millionen- oder Milliardenhöhe erreicht werden könne, so der Stadtrat. Bei allem Komfortverlust seien die geplanten Maßnahmen dennoch richtig und sollten ebenso im nächsten Jahr weitergeführt werden. Durch die Verdoppelung der Energiekosten würden sich laufenden Maßnahmen besser rechnen. Der Schatten-CO₂-Preis sei bislang lediglich als solcher gehandhabt worden. Mittlerweile lohne sich jedoch in der Realität die Energieeffizienz. In der Bewertung der Frage, welche Maßnahmen im städtischen Haushalt leistbar seien, müssten Deckungsvorschläge gemacht werden. Die eingesparten Energiekosten bei Maßnahmen, die sich nicht immer mit der CO₂-Einsparung deckten, als Deckungsvorschläge zu verwenden, sei interessant. Der Stadtrat schlägt vor, die Verwaltung solle neben der CO₂-Bepreisung einen Deckungsvorschlag für die Energiesparmaßnahmen unterbreiten.

StR Ozasek (PULS) betont, die bereinigte Energieeinsparung in Höhe von 4 % stelle ein positives Zeichen dar. Dies zeige, dass die langfristig laufenden Maßnahmen wie das Intracting-Programm bei den städtischen Ämtern mit einer konsequenten Energieoptimierung über einen langen Zeitraum gegriffen hätten. Es bestehe bereits ein sehr niedriger Energielevel bei den städtischen Liegenschaften, welcher weiter abgesenkt werden müsse. Hierzu seien mit dem Aktivgebäude beim Neubau oder dem Passivstandard bei der Sanierung der städtischen Liegenschaften die entsprechenden Beschlüsse gefasst worden. Man befinde sich auf einem guten Weg, welcher weiter fortgeführt werden müsse. Er persönlich empfinde eine Raumtemperatur von 19° C als nicht problematisch und habe eine Rückzahlung von seinem Energieversorger trotz einer deutlichen Preissteigerung pro Kilowattstunde bekommen. Eine Kostensenkung sei durchaus durch eine Verhaltensveränderung möglich. Auch geringe Komforteinschränkungen seien zumutbar und führten zu einer großen Wirkung. Dennoch sei eine Wohlstandssaturiertheit zu verzeichnen, welche sich nicht nur beim Thema des Energiebedarfs im Privathaus, sondern auch beim Fahrverhalten zeige. Obwohl hier die Spritpreise massiv gestiegen seien, habe dieses keine Auswirkungen auf das Mobilitätsverhalten vieler Menschen mit sich gebracht. Offensichtlich wirke der Benzinpreis bei vielen Gruppen nicht verhaltensändernd, sodass der Schluss nahe liege, Preissteuerungsmodelle seien für den Klimaschutz lediglich bedingt wirksam. Dies gelte insbesondere für die Region Stuttgart mit ihren sehr hohen Haushaltseinkommen und einem hohen Wohlstandsniveau. Hier griffen diese Maßnahmen entsprechend nicht und würden umgekehrt zur sozialen Härte für diejenigen Haushalte, die unter ökonomischen Druck stünden. Die Anzahl der armutsgefährdeten Menschen in der LHS sei deutlich angestiegen: So seien über 110.000 Haushalte Bonuscard-berechtigt, was eine deutliche Steigerung von 70.000 Haushalte darstelle. Dieser Aspekt müsse zu denken geben, wie zukünftig politisch gesteuert werde solle. Nach Auffassung des Stadtrats müssten wesentlich mehr ordnungspolitische Vorgaben geschaffen werden, da nur diese im Gegensatz zu Preissteuerungsmodellen schlussendlich sozial ausgewogen seien.

Es sei durchaus erstaunlich, dass bereits im Jahr 1997 in der Zeit vor der Mitgliedschaft von StR Rockenbach im Gemeinderat (seit dem Jahr 2004) ein Energieerlass bestanden habe, der zur einer großen Energieeinsparung geführt habe. Es stelle einen Unterschied dar, ob zu Hause durch eine Absenkung der Raumtemperatur auf 18° C oder 19° C Energie gespart werde oder ob in einem Raum bei diesen Temperaturen gearbeitet werde. Beim Empfinden der Raumtemperatur komme es auf die Art der Arbeit an. Bei einem sitzenden Berufsbild seien 19° C Raumtemperatur überdenkenswert. Der Stadtrat kann diesbezügliche Bedenken des Personalrats gut nachvollziehen. Eine Sensibilisierung in der Verwaltung für das Ausschalten der Beleuchtung und das Herunterdrehen der Heizung bei Verlassen eines Raumes sei erstrebenswert.

StR Zaiß (FW) betont, der wichtigste Aspekt sei das Aufklären der Kinder über die Gründe der notwendigen Energieeinsparung. Falls den Kindern bereits von frühester Kindheit an ein Verständnis für einen umweltschonenderen Umgang vermittelt werde, entfalte dies eine große Wirkung. Falls die Energiekosten von anderer Stelle übernommen würden, gestalte sich dieser Prozess der Einsichtigkeit schwieriger. In Bezug auf das Wohnverhalten brauche das Schlafzimmer nicht mehr geheizt zu werden und die Heizung müsse generell beim Verlassen des Hauses zurückgestellt werden, was ebenso auf das Ausschalten des Lichts und des Stand-by-Modus bei Elektrogeräten zutreffe. Auch wenn dies lediglich viele einzelne Maßnahmen seien, entfalteteten sie dennoch eine

große Wirkung. Erst wenn sich das Wohnverhalten der Haushalte auf deren finanzielle Situation auswirke, werde dies zu einer Verhaltensänderung führen.

Die Diskussion und die aufgezeigten Berechnungen zeigten, so BM Pätzold, dass das Thema Energieeinsparung mit den Aspekten Klimaschutz, Energieeffizienz und der regenerativen Energieerzeugung für die gesamte Bürgerschaft durchaus spürbar sei. Es bestehe ein Zusammenhang zwischen Energieverbrauch und Energieerzeugung, welcher in Bezug auf das Ziel der Klimaneutralität bis zum Jahr 2035 wichtig sei. Es sei durchaus komfortabel, mit einer Raumtemperatur von 22, 23 oder 24° C im Winter zu heizen. Allerdings stelle sich die Frage, ob dies notwendig sei. Die Stadtverwaltung habe mit entsprechenden Maßnahmen eine Raumtemperatur von lediglich 19° C erreicht und hierbei sei auf die individuellen Arbeitsplätze und Arbeitsbedingungen eingegangen worden. Er persönlich habe in seinem Verwaltungsbereich versucht, eine Raumtemperatur von lediglich 17° C zu erreichen, so der Bürgermeister. In Bezug auf das Nutzerverhalten sei es wichtig, die Bürgerschaft für das Thema Energieeinsparung zu begeistern, da jede Bürgerin und jeder Bürger etwas hierzu leisten könne. Die dargestellte Einsparung an Heizenergie in Höhe von 16 % sei für das Ziel der Klimaneutralität notwendig. In Bezug auf das von StR Rockenbauch angesprochene biogene Gas sei der Aspekt wichtig, wie die LHS aus der fossilen Energieerzeugung aussteige. In den städtischen Liegenschaften bestehe ein Anteil von 35 % an biogenem Gas und im vergangenen Jahr sei kein Erdgas bezogen worden. Zudem seien 15 % Gas eingespart worden und seit dem Jahr 2012 werde zu 100 % Ökostrom verwendet. Dieser Strom werde weder mit Gas noch mit Kohle erzeugt. Daher habe die LHS auf dem Weg zur Klimaneutralität bereits eine weite Strecke zurückgelegt. In Bezug auf den nächsten Winter hoffe er auf eine Änderung der Situation in der Ukraine. Allerdings habe dies keinen Einfluss auf einen Ausstieg der Stadt aus dem fossilen Erdgas. In der Bürgerschaft sei eine gewisse Erleichterung über den überstandenen Winter und die sinkenden Energiepreise festzustellen und es gebe Anzeichen dafür, dass die Bereitschaft für eine Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern langsam nachlasse. Die vorgestellten Maßnahmen zur Energieeinsparung durch die Verwaltung bereiteten die Stadt für den nächsten Winter vor.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt BM Pätzold Kenntnisnahme des Berichts durch den Ausschuss für Klima und Umwelt fest.

Zur Beurkundung

Haupt / as

Verteiler:

- I. Referat SWU
zur Weiterbehandlung
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
SSB
VVS
 2. S/OB
S/OB-Mobil
S/OB-Wohnen
Stabsstelle Klimaschutz
 3. Referat AKR
Haupt- und Personalamt
 4. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
Liegenschaftsamt (2)
SWS
SWSG
 5. Referat SOS
 6. Referat JB
 7. Referat SI
 8. Referat T
 9. GPR (2)
 10. Amt für Revision
 11. L/OB-K
 12. Hauptaktei

- III.
 1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
 2. CDU-Fraktion
 3. SPD-Fraktion
 4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
 5. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
 6. FDP-Fraktion
 7. Fraktion FW
 8. AfD-Fraktion
 9. *StRin Yüksel (Einzelstadträtin)*

kursiv = kein Papierversand